

P. WEBER

Neu-Listernohl

Die Überprüfung ortsplanerischer Maßnahmen am Beispiel einer neugeplanten ländlichen Siedlung

Mit 3 Kartenbeilagen

Einleitung

Die Ortsplanung, verstanden als eine Technik, die theoretische Erkenntnisse der Raumforschung praktisch zur Anwendung bringt, befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Lage. Jeder ordnende Eingriff in die raumgebundene Wirklichkeit bringt neuartige, bislang allenfalls in ähnlicher Form bekannte Folgeerscheinungen hervor, die in der Theorie nicht oder nur ungenügend exakt durchgedacht sind. Selbst kleinere Planungsobjekte erweisen sich in ihrer Abhängigkeit vom Umgebungsraum wie auch in ihren räumlichen Auswirkungen als derart vielschichtig, daß die Raumforschung beim derzeitigen Stand ihrer erkenntnistheoretischen Möglichkeiten sich darauf beschränken muß, ungefähre Entwicklungstendenzen aufzuzeigen bzw. allgemeine Ordnungsziele und rational kaum fundierte Leitbilder zu formulieren.

Wie die Geographie, so kann auch die Raumforschung nicht darauf verzichten, alle Arbeitsschritte auf der Grundlage einer vorgefundenen Realität durchzuführen. Sie muß daher ohne ein arbeitsmethodisches Verfahren auskommen, das für die experimentellen Wissenschaften von grundsätzlicher Bedeutung ist: Das Experiment mit willkürlich festgesetzten Bedingungen steht ihr im strengen Sinne nicht zur Verfügung. Es ist ihr unmöglich, wirklichkeitsentsprechende Versuchssituationen künstlich zu schaffen.

Damit ist ein wesentlicher Verlust an Erkenntnismöglichkeit verbunden, der nur annähernd durch das Vergleichsverfahren kompensiert werden kann. Um aber die in verschiedensten Situationen gemachten Beobachtungen vergleichen zu können, muß vom Individuellen der Erscheinungen soweit abstrahiert werden, daß das Regelhafte, Allgemeingültige der Sachverhalte erkannt werden kann. Die durch vielfältigen Vergleich kontrollierten Erfahrungen bilden die Grundlage für die Herausarbeitung von Modellen, die sowohl die wesentlichen Stufen des Planungsprozesses wie auch die für die Raumordnung relevanten Elemente und Teilsysteme definieren. Für die praktische Verwertung solcher Modelle ist sodann wichtig, daß sie Anschlußstellen aufzeigen, an denen die jeweiligen individuellen Planungsbedingungen einzusetzen sind.

Eine solche auf systematischer Erfassung von Planungserfahrungen beruhende Theorie ist bis heute nicht vorhanden; allenfalls kann eine isolierte Verwertung von Erfahrungen bei den einzelnen Planungsstellen beobachtet werden. Als beispielhaft für die gegenwärtige Situation mag der Planungsvorgang angeführt werden, der im Rahmen der Kolonisation der niederländischen IJsselmeerpolder stattgefunden hat (vgl. *Constandse, A. K.* [1]¹). Dieses Planungsunternehmen wies nach der Fertigstellung des Nordostpolders erhebliche Mängel auf: im Hinblick auf die Wohn- und Lebensansprüche der angesiedelten Bevölkerung waren Fehler unterlaufen, die hauptsächlich auf einem falschen, an der Realität nicht kontrollierten Leitbild beruhten. Eine Korrektur war nur teilweise möglich. Erst in der folgenden Ausbaustufe des Planes, bei der Kultivierung des Flevo-landpolders, konnten die Erfahrungen voll berücksichtigt werden.

Tatsächlich wird also so verfahren, als ob es sich bei Planungsunternehmen um ‚Versuche‘ handelte: irgendwelche, in ihren Voraussetzungen und Wirkungen nicht genügend kontrollierte Konzeptionen werden realisiert, und erst während des ‚Versuchsablaufs‘ und später kann ungefähr übersehen werden, ob die eingesetzten Mittel zweckmäßig waren. Leider hat dieses Verfahren den Nachteil, daß diese ‚Experimente‘ irreversibel sind und von den Betroffenen ausgehalten werden müssen.

Wenn auch eine bis ins Detail vorausberechenbare, in ihren Auswirkungen genau abschätzbare Planung ein kaum je erreichbares Ziel sein dürfte, so bleibt doch eine möglichst weitgehende Annäherung an dieses Ziel oberstes Gebot einer Raumordnungswissenschaft. Wichtige Voraussetzung hierfür ist die systematische Überprüfung der auf dem ‚Experimentierfeld‘ erreichten Ergebnisse. Die gestaltgewordenen Planungshypothesen müssen daraufhin untersucht werden, inwieweit sie die daran geknüpften Erwartungen erfüllen können. Die vergleichende Betrachtung einer Vielzahl geordneter Erfahrungen kann dann zur Definition von Modelltypen führen. Auf empirische Weise sind so in jüngster

¹ Die Zahlen in [] beziehen sich auf die Literaturangaben am Schluß des Beitrages.

Zeit etwa die Wohnerfahrungen überprüft (vgl. *Meyer-Ehlers, G.* [3]) oder auch die Einstellungen von Landwirten gegenüber den Ergebnissen agrarstruktureller Maßnahmen getestet worden (vgl. *Sachs, R.* [4]).

In die Reihe dieser Ansätze möchte sich die folgende Studie einordnen. Zwar handelt es sich beim hier untersuchten Planungsfall Neu-Listernohl nur um ein räumlich eng begrenztes Beispiel; aber auch hier kann die Analyse der realisierten Planungshypothese grundsätzliche planungsmethodische Einsichten ermöglichen.

Die Untersuchung soll zunächst die Konzeption des Modells und den Prozeß der Gestaltung aufzeigen, sie soll sodann das sozio-ökonomische Gefüge des fertiggestellten Ortes beleuchten, um dann eine Beurteilung der ortsplanerischen Leistung aufgrund von Einstellungen der Betroffenen zu versuchen.

Plankonzeption und Gestaltungsprozeß

Das hier zu behandelnde Planungsobjekt, Neu-Listernohl, verdankt seine Entstehung dem Bau der 1965 fertiggestellten Biggetalsperre, die sich im südlichen Sauerland 12 km lang zwischen den Städten Olpe und Attendorn erstreckt (vgl. Abb. 3). Durch die Überstauung einer Fläche von 700 ha wurden 27 meist kleine und kleinste Ortschaften mit mehr als 2400 Einwohnern betroffen und mußten umgesiedelt werden.

Die konkreten Planungen, an denen die verschiedensten Institutionen von der nordrhein-westfälischen Landesplanungsbehörde bis herab zu den Amtsverwaltungen beteiligt waren, setzten ein mit der Verabschiedung des Biggegesetzes durch den nordrhein-westfälischen Landtag im Jahre 1956.

War ursprünglich beabsichtigt, die Bevölkerung – abgesehen von den vollbäuerlichen Haushaltungen – in den übergeordneten städtischen Zentren Olpe und Attendorn anzusiedeln, so ergaben schon erste Umfragen die sehr bestimmt geäußerte Absicht der Betroffenen, ihre bisherige Wohn- und Lebensweise durch eine geschlossene Umsiedlung und die Gründung von Neudörfern beibehalten zu wollen. Am eindeutigsten traf diese Forderung für den größten Ort des Talsperrenraumes, Listernohl (1950 = 731 E.), zu; aber auch der größte Teil der bisher in Streusiedlungen lebenden Familien zog eine ländliche Neusiedlung einer Eingliederung in die bestehenden Städte vor. Selbst die Möglichkeit, in geschlossenen Wohnquartieren unter Beibehaltung alter Nachbarschaften den Städten angegliedert zu werden, schien den Umsiedlern nicht akzeptabel.

Trotz des kostenmäßigen und planerischen Mehraufwandes wurde daraufhin die ursprüngliche Raumordnungskonzeption im Sinne der Umsiedler abgewandelt zum endgültigen „Raumordnungsplan Biggetalsperre“ (1962); dieser stellte das allgemeinverbindliche Leitbild dar, ohne die planerische Arbeit im einzelnen zu reglementieren. Vielmehr blieb die fachtechnische Vorbereitung konkreter Maßnahmen dem Ruhrtalesperrenverein vorbehalten. Was die Neuansiedlung des Dorfes Listernohl betraf, so beauftragte der Ruhrtalesperrenverein die Westfälisch-Lippische Heimstätte mit Planung und Gestaltung des Projektes.

Voraussetzung für die Formulierung eines detaillierten Konzeptes war die Beschaffung von Planungsunterlagen. Nachdem als Standort für Neu-Listernohl ein 25 ha großes Baugelände (2,5 km südwestlich von Attendorn) auf einem flach geneigten Höhenrücken gegenüber dem Sperrenstaudamm (vgl. Abb. 1) festgelegt war, wurde eine allgemeine Befragungsaktion durchgeführt, die genaue Daten über Anzahl und Struktur der umzugswilligen Haushaltungen sowie über deren Bau- und/oder Wohnwünsche liefern sollte.

Auf der Grundlage dieses Materials wurde ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben, unter Mitarbeit der ersten Preisträger wurde dann von der Westfälisch-Lippischen Heimstätte ein Bebauungsplan erarbeitet.

Die besondere Lage des Ortes auf dem von zwei Seiten durch einen Steilhang markant abgegrenzten Höhenrücken schien den Planern Hausformen zu erfordern, die den landschaftlichen und topographischen Gegebenheiten spezifisch angepaßt waren. Es wurden deshalb sieben verschiedene Haustypen entwickelt, die – durch Untertypen weiter differenziert – als Rahmenmodelle für verschiedene Quartiere verbindlich sein sollten. Die Anordnung der Quartiere im Ortsgrundriß wurde durch funktionale Gesichtspunkte und durch die angestrebte landschafts-harmonische Einpassung bestimmt. Die öffentlichen Einrichtungen stellen zusammen mit den Standorten für Handel und Gewerbe ein zentrales, leicht verschobenes Achsenkreuz dar, um das sich die verschiedenen, in sich einheitlichen Wohnquartiere anschließen (vgl. Abb. 5). Während die hangorientierten Lagen ausgesprochen bungalowartige Haustypen aufweisen, sind die zweigeschossigen Eigentumshäuser auf die im Westen ansteigenden, waldbestandenen Areale ausgerichtet.

Eine in diesem Planungsstadium durchgeführte erneute Befragung, wobei alle nach Neu-Listernohl umsiedelnden Haushalte nach ausgearbeiteten Fragefolgen angehört wurden bei direkter Notiz der Antworten und nachträglicher Anfertigung eines allgemeinen Protokolls, erbrachte ins einzelne gehende Aussagen über Bauvorstellungen, Finanzierungsmöglichkeiten (mit Angaben über Einkommen, Sparguthaben usw.), nachbarschaftliche Beziehungen, Wohnansprüche u. a. m. Die so ermittelten Daten boten nicht nur wichtige Voraussetzungen für die weiteren Planungsarbeiten, sondern enthielten zugleich eine Fülle interessanter Informationen über gruppenspezifische Verhaltensformen, auf die weiter unten näher eingegangen werden soll. Unter anderem ergab sich hierbei sehr deutlich, daß die von den Planern entwickelten Haustypen nur teilweise den Bauabsichten der Umsiedler entsprachen; die Mehrzahl verlangte vielmehr energisch, den konventionellen Eigenheimtyp mit ausgebautem Steildach zu errichten. Durch immer neue Gemeindeversammlungen und unzählige individuelle Gespräche der Planer mit den einzelnen Bauherren, ferner mit Hilfe von Plänen, Modellen und Besichtigungsreisen wurde versucht, die Bevölkerung von der Wirtschaftlichkeit der modernen Hausformen und den architektonischen Absichten des Ortsplanes zu überzeugen. Aber erst als im Rahmen eines sogenannten Vorabprogramms 20 voll eingerichtete Modellhäuser aller Typen in den verschiedenen Quartieren der Ortslage gebaut worden waren, gelang eine Verständi-

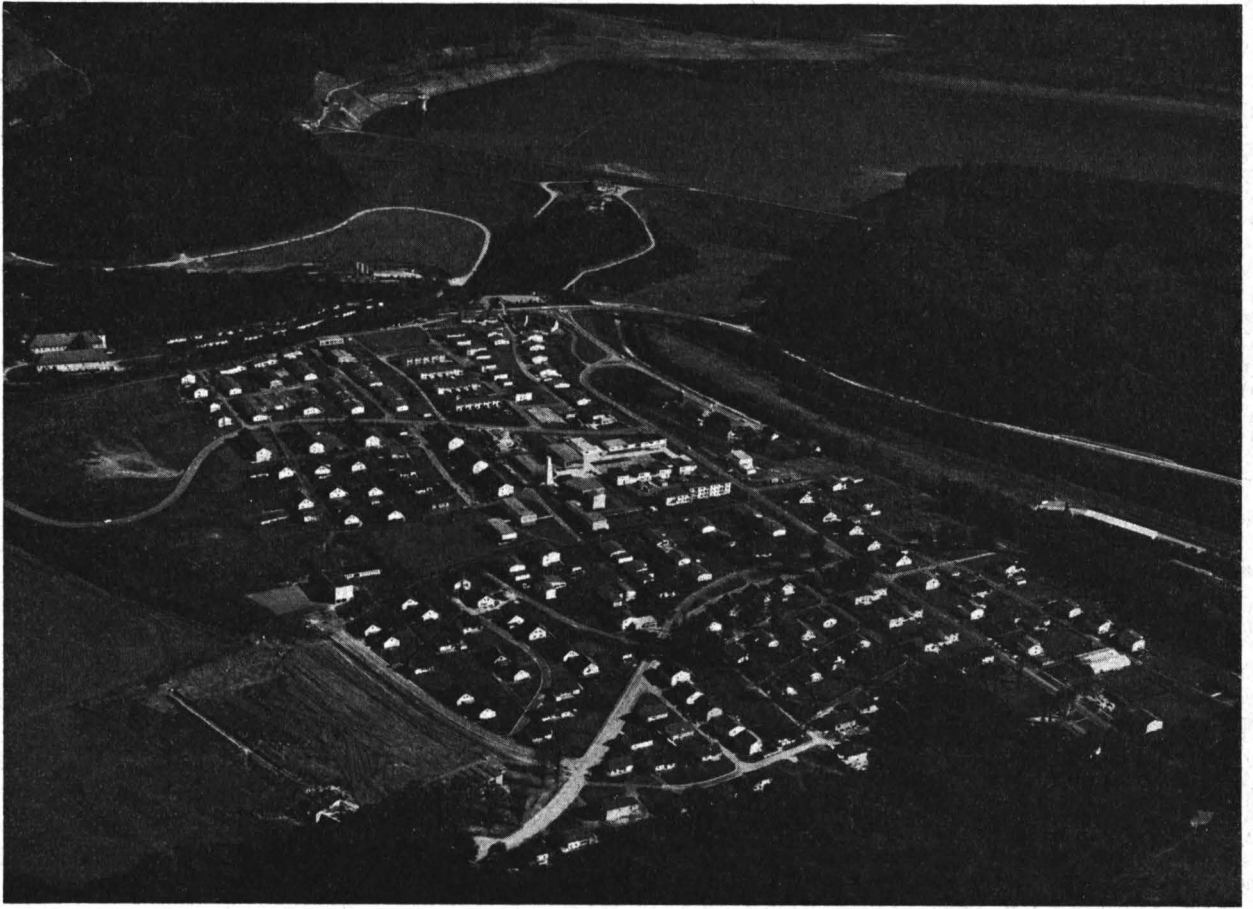


Abb. 1: Neu-Listernohl mit Staudamm der Bigge-Talsperre (1966). (Freigegeben Reg. Präs. Düsseldorf N. 08/45/196 -- Archiv Ruhrtalsperrenverein)

gung, die endlich zu einer echten Zusammenarbeit aller führte. Die Tatsache, daß die gesamte Siedlungsanlage durch Straßen voll erschlossen und baureif gemacht worden war, erleichterte den Umsiedlern darüber hinaus ein Zurechtfinden in der neuen Umgebung. Die erklärte Absicht der Planer, in engem Kontakt mit den Betroffenen zu arbeiten, wird hier deutlich. Keineswegs begnügte man sich, den Umsiedlern die Planungsgrundsätze bekanntzumachen; vielmehr wurde sehr einsichtig versucht, auf die manchmal schwer koordinierbaren Initiativen der Bevölkerung einzugehen, Skeptiker zu überzeugen und schließlich zu einem Kompromiß zu gelangen².

Die gleiche Haltung wird bei der Zuteilung der Baugrundstücke erkennbar. Das Programm der Plangestalter war dabei, in persönlichem Kontakt die Interessen der einzelnen Umsiedler kennenzulernen und in zunächst vorläufigen Zuteilungsplänen zu berücksichtigen. Die Nachteile dieses notwendigerweise langwierigen Prozesses – die Platzverteilung zog sich über einen Zeitraum von gut drei Jahren hin – sollten durch eine möglichst weitgehende Zufriedenheit aller Beteiligten wettgemacht werden.

Bezüglich der Bauausführung konnten sich die Bauenden

freier Architekten bedienen; diese waren an die Bauvorschriften gebunden, die in der Ortssatzung niedergelegt waren. Darin waren Einzelheiten der baulichen Gestaltung, die Dachneigung, Fensterformen usw. festgesetzt, deren Einhaltung von der Bauaufsichtsbehörde überwacht wurde. Darüber hinaus war eine aus drei Baufachleuten bestehende „Baupflegekommission“ mit beratender Funktion eingeschaltet, der alle Bauanträge zur Beurteilung vorgelegt werden mußten. Die Bauenden der einzelnen Quartiere waren aber in der Lage, innerhalb bestimmter Grenzen selbst die für ihre Gruppe verbindlichen Baudaten festzulegen. Da die von der Ortssatzung abweichenden Bauwünsche zwar nicht individuell, jedoch gruppenkonform auf dem Wege über eine Genehmigung durch die Gemeindevertretung realisiert werden konnten, blieb auch hier eine nicht unbeträchtliche Einflußmöglichkeit der künftigen Einwohner gewahrt.

Bei dieser das gesamte Planungsunternehmen kennzeichnenden Flexibilität mag es erstaunen, daß der Umsiedlungsvorgang zeitplangerecht zu einem einheitlichen Werk durchgeführt werden konnte mit 90 Familienheimen mit Einliegerwohnung, 115 Einfamilienhäusern und 140 Mietwohnungen.

Betrachtet man das fertige bauliche Ergebnis dieser Planung, dann ist die Konzeption der Gruppengliederung in Form kleiner Wohnquartiere zwar durchaus faßbar, sie

² Herrn Bau-Ing. Stedler von der Westfälisch-Lippischen Heimstätte danke ich für zahlreiche Auskünfte und Unterstützungen.

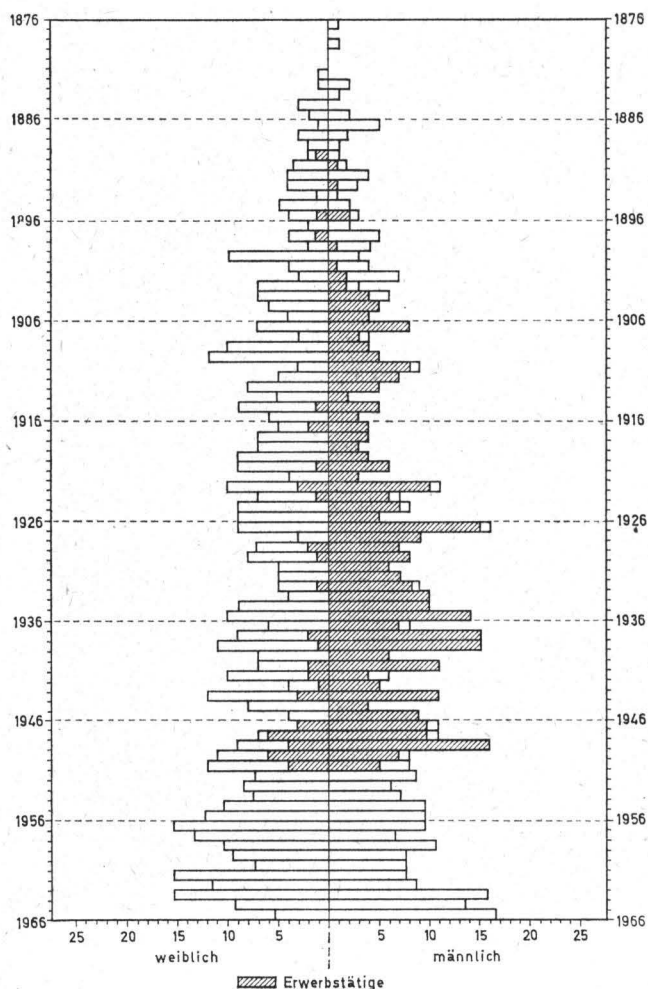


Abb. 2: Altersaufbau 1966 in Neu-Listernohl

führt aber nur in den beiden Quartieren Birkenfeld³ und Fuchsring (vgl. Abb. 4) zu einer typenhaften Einheitlichkeit. Abgesehen davon können bei diesem äußerst weitläufig angelegten Siedlungskörper aber gerade die unverwechselbaren Bauformen in Aufriß und Grundriß als charakteristisch erkannt werden: die als einheitliche Baukörper entwickelten Quartiere werden durch die Vielzahl individueller Erscheinungsformen aus den Grenzen reglementierter Normen gehoben.

Sozio-ökonomische Struktur

Von den 1148 Einwohnern, die am 1. 6. 1967 in Neu-Listernohl gemeldet waren, kamen 64% aus dem alten Dorf Listernohl, 20% aus den unmittelbar benachbarten Ortschaften, während 16% der Einwohner aus dem weite-

ren Überstauungsgebiet sowie aus entfernten Gegenden zugezogen waren. Durch die verschiedenartigen Herkunftsgelände ist zwar schon eine gewisse Inhomogenität in der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung des Neudorfes angedeutet; ein genaueres Bild hierüber ergibt sich aber aus einer Betrachtung der Geburtsorte der Umsiedler. Es zeigt sich, daß auch die große Gruppe der aus dem Altdorf Umsiedelnden keineswegs eine geschlossene, allmählich gewachsene Gemeinschaft darstellt, sondern eine außerordentlich bunte Zusammensetzung aufweist⁴. So kommt es, daß von den heute in Neu-Listernohl ansässigen Personen nur 23% im Altdorf geboren sind, während 50% aus dem mittleren Umgebungsbereich einschließlich aller Nachbarkreise stammen und 27% der Bevölkerung entfernte Geburtsorte haben. Für die Ortsplanung sind diese Zusammenhänge insofern wichtig, als damit keine altverfestigten Teilstrukturen auftreten, die gegebenenfalls planerisch zu berücksichtigen wären. Dieser Tatbestand wird dadurch erhärtet, daß – abgesehen von einer kleinen Interessengruppe, dem Verein der Kriegsgeschädigten, – nur acht Umsiedler von vornherein die Nachbarschaft bestimmter Personen entschieden wünschten oder ablehnten.

Was den Altersaufbau der Wohnbevölkerung Neu-Listernohls angeht, so ergeben sich auch hier bestimmte Abweichungen vom Normalbild. Abb. 2 zeigt, daß die Bevölkerungspyramide in den älteren Jahrgängen stark ausdünnert. Die Gruppe der über 65jährigen macht zwar 10% der Gesamtbevölkerung aus, wird aber fast zur Hälfte von den Bewohnern eines Schwesternheimes gebildet. Auch der Personenkreis von 45–65 Jahren erreicht nur knapp 18% der gesamten Wohnbevölkerung (Bundesdurchschnitt 1961 = 25,2%). Dagegen ist die Gruppe der jüngeren und mittleren Jahrgänge, vor allem der Bereich zwischen 30–45 Jahren, erheblich überrepräsentiert.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß durch die Umsiedlung eine spezifische Auswahl der beteiligten Familien stattgefunden hat, was schon hinsichtlich des Altersaufbaus zu Abweichungen vom Normalbild geführt hat: Von den älteren Haushalten haben es eine Reihe vorgezogen, dorthin umzusiedeln, wo sie schneller und zum Arbeitsplatz günstiger gelegen eine Wohnung finden konnten. Zum anderen sind die ganz jungen Haushalte deshalb schwach vertreten, da man bei der Planung von den Erhebungen der Jahre 1956/57 ausging; die zu dieser Zeit bestehenden Hausgemeinschaften dienten als Planungsgrundlage. Das bedeutete, daß die später selbständig werdenden Personen bei der Umsiedlung nicht als echte Anspruchsberechtigte berücksichtigt wurden. Um aber auch dieser Gruppe von Betroffenen eine neue Unterkunft bieten zu können, hatte der Ruhrtalesperrenverein in den benachbarten Städten Mietwohnungen erstellen lassen, wodurch eine altersspezifische Abwanderung erfolgte.

Bei diesen Besonderheiten in Altersaufbau und Familienstruktur ist der außerordentlich niedrige Erwerbstätigkeits-

³ Für das Birkenfeld-Quartier mit einheitlich gruppenweise aufgelockertem Kettenhaustyp liegt der Grund der Normiertheit darin, daß die Wohn- und Siedlungsgesellschaft des Vereins der Kriegsgeschädigten für ihre Mitglieder in diesem Bereich einen einheitlichen Eigenheimtyp von einem Vertragsarchitekten hat errichten lassen.

⁴ Hierfür ist vor allem die Tatsache verantwortlich, daß bei dem Bau der Lister-Talsperre im Jahre 1913 ein Teil der damaligen Bauarbeiter am Ort sesshaft geworden war.

Tabelle 1: Pendleranteile der Hauptberufsgruppen nach Altersstufen, 1967

Altersstufen	Arbeiter				Angestellte Beamte				Handel- und Gewerbetreibende				Erwerbspersonen insgesamt			
	n	‰	Pendler		n	‰	Pendler		n	‰	Pendler		n	‰	Pendler	
			n	‰			n	‰			n	‰			n	‰
14-21 Jahre	31	17	28	90	46	27	32	70	—	—	—	—	77	19	60	73
22-30 Jahre	42	23	33	79	37	22	27	73	2	5	1	50	81	21	61	75
31-50 Jahre	70	38	62	89	62	36	40	65	22	54	3	14	154	39	105	68
51-65 Jahre	39	22	37	95	21	12	8	38	12	29	2	17	72	18	47	65
über 65 Jahre	—	—	—	—	5	3	—	—	5	12	—	—	10	3	—	—
Summe	182	100	160	88	171	100	107	63	41	100	6	15	394	100	273	69*

* ohne Freie Berufe

Quelle: Unterlagen der Amtsverwaltung Attendorn und eigene Erhebungen.

grad von knapp 35 % nicht erstaunlich. Sehr wesentlich für diesen niedrigen Stand ist weiterhin einmal die große Zahl der selbständigen Beruflosen, die allein 64 Rentner umfaßt, sodann vor allem die große Gruppe der nichterwerbstätigen Frauen. Abbildung 2 bringt den sehr niedrigen Erwerbstätigkeitsgrad des weiblichen Bevölkerungsanteils zum Ausdruck: nur 52 von insgesamt 401 Erwerbstätigen, d. h. knapp 13 % aller Erwerbspersonen, sind Frauen. Auch dieser Sachverhalt kann als eine unmittelbare Folge des Umsiedlungsvorgangs erklärt werden. Und zwar ist der im allgemeinen stetig und langsam ablaufende Prozeß der Verringerung der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen hier schlagartig mit der Umsiedlung eingetreten; die vordem nebenerwerbsmäßig betriebene Landwirtschaft wurde vollständig aufgegeben, wodurch die Erwerbspersonengruppe der „mithelfenden Familienangehörigen“ nahezu vollständig verschwunden ist. Interessant ist, daß bei der zweiten Umfrage etwa 10 % der bauwilligen Umsiedler angaben, ihre Nebenerwerbslandwirtschaft beibehalten zu wollen. Die vier später tatsächlich eingerichteten „Nebenerwerbsstellen“ sind nur einen Morgen groß und nicht mit Viehhaltung verbunden. Das so vollzogene Ausscheiden eines beträchtlichen Bevölkerungsanteils aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit bedeutet, da eine Ersatztätigkeit nicht angenommen wurde, die Verfügbarkeit eines Arbeitskräftepotentials, das für die stärkere Entwicklung des heute erst aufkommenden Fremdenverkehrs eine wichtige Rolle spielen könnte.

Die berufliche Gliederung Neu-Listernohls erhält durch das Fehlen eines größeren Anteils von in der Landwirtschaft Beschäftigten einen städtischen Charakter. Nur sieben Erwerbspersonen, das sind knapp 2 %, zählen zum primären Bereich. Die Verteilung auf die übrigen Erwerbsbereiche weist einen ungewöhnlich hohen Anteil an den sogenannten tertiären Berufen (Handel, Verkehr, Dienstleistungen) auf, der 45 % ausmacht, wovon 28 % Frauen sind. Das bedeutet, daß von der Gesamtheit aller weiblichen Erwerbspersonen 88 % innerhalb des tertiären Sektors tätig sind. Umgekehrt sind von den 214 im sekundären Bereich Arbeitenden nur sechs Frauen; dies muß um so mehr erstaunen, als

im unmittelbaren Umgebungsbereich die Frauenarbeit im produzierenden Gewerbe ungleich höher liegt.

Betrachtet man die Berufsskala, so fällt eine für größtmäßig vergleichbare Orte ungewöhnliche Differenzierung auf. Die durch den Talsperrenbau zugezogenen Techniker und Verwaltungsbeamten bereichern das Berufsbild bereits erheblich; darüber hinaus ist es der schönen Ortslage in landschaftlich reizvoller Umgebung und in unmittelbarer Nähe zur Stadt zu verdanken, daß eine Reihe von Beamten und freien Berufen sich hier niedergelassen hat.

Die Gruppe der Angestellten und Beamten stellt einen Anteil von rund 43 % der ortsansässigen Erwerbspersonen dar. Dagegen sind die selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden verhältnismäßig schwach vertreten, zumal von den 41 am Ort wohnenden Gewerbetreibenden noch ein Teil seinen Beruf außerhalb seines Wohnortes ausübt. Zahl und Zusammensetzung des Gewerbebereichs lassen wiederum den Einfluß des Neuordnungsvorgangs erkennen: Obgleich nämlich grundsätzlich alle im alten Dorf vorhandenen Betriebe mit umsiedeln konnten, so haben doch einige Vertreter der typisch ländlichen Gewerbe die Umsiedlung nicht überstanden. Auf der anderen Seite wurden von den Planern – im Bestreben, den Ort mit all den Einrichtungen auszustatten, an deren Vorhandensein „ein allgemeines Interesse angenommen werden“ konnte – einige neue Gewerbe durch Vergabe zinsfreier Darlehen angezogen.

Unter den unselbständigen Erwerbspersonen sind die Arbeiter am stärksten vertreten: von den 182 Arbeitern sind aber nur 29 (= 16 %) Hilfsarbeiter. Es macht sich hier die Tatsache bemerkbar, daß im nun teilweise überstauten Biggetal seit langem ein qualifizierter Industriearbeiterstamm ansässig ist, der aus der ehemaligen, auf Wasser- und Holzreichtum basierenden eisenverarbeitenden Industrie hervorgegangen ist.

Da im Zuge der Umsiedlung nur vier kleinere Industrie-Unternehmen (insgesamt zirka 60 Beschäftigte) in einem vom Ort völlig getrennten Lagekomplex angesiedelt worden sind, liegt die Pendlerquote für Neu-Listernohl sehr hoch: 68 % der Erwerbstätigen müssen ihrem Beruf außerhalb ihrer Wohngemeinde nachgehen. Eine Betrachtung der

Arbeitsorte (vgl. Abb. 3) zeigt aber, daß die meisten Pendler ihre Arbeitsplätze in günstiger Nähe haben. Für 318 der 401 Erwerbspersonen ist die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz kleiner als 6 km; der größte Teil, nämlich 167 Erwerbstätige, ist in Attendorn beschäftigt. Die übrigen Arbeitsorte spielen nur eine untergeordnete Rolle. Einige „Wochenpendler“ sind auf die Ballungsgebiete an Rhein, Main und Ruhr hin orientiert. Was die Beteiligung der verschiedenen Berufsgruppen an den Pendelbewegungen betrifft, so geht aus Tab. 1 hervor, daß die Arbeiter am stärksten betroffen sind: ihr Anteil liegt mit 88 % erheblich über dem Durchschnitt aller Erwerbspersonen. Während die Pendlerquote der Angestellten und Beamten ungefähr dem Durchschnitt entspricht, sind die Handels- und Gewerbetreibenden an den täglichen außergemeindlichen Wanderungen kaum beteiligt.

Weiterhin lassen sich aus Tab. 1 Angaben über die altersmäßige Gliederung der einzelnen Berufsgruppen entnehmen. Es ergibt sich, daß die selbständigen Betriebsinhaber eine erhebliche „Überalterung“ aufweisen; das Durchschnittsalter ist mit 50 Jahren wesentlich höher als bei den übrigen Berufsgruppen. Während die jüngeren Altersstufen bei den Unselbständigen 40 % und 50 % ausmachen, erreicht die Gruppe der Gewerbetreibenden nur 5 %.

Diese sozio-ökonomischen Strukturen sind nun keineswegs nur statistische Daten und theoretische Grundlagen gemeindetypologischer Klassifizierung, sondern sie können im vorliegenden Fall zugleich als raumwirksame Kräfte erkannt werden.

In Abb. 4 sind die Hauseigentümer nach ihrer berufsozialen Stellung kartiert worden; es läßt sich eine deutliche Tendenz zur Bildung sozialhomogener Wohnbereiche feststellen. Die Quartiere „Südhang“ und „Waldweg“ sowie das Ortszentrum heben sich in der beruflichen Zusammensetzung (Freie Berufe, Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte, Handwerker) klar von den Quartieren „Fuchsring“ und „Birkenfeld“ ab. Bemerkenswerterweise sind irgendwelche Absichten einer sozialen Durchgliederung nicht geplant gewesen, wenngleich man auch nicht sagen kann, daß sie sich rein zufällig ergeben hat. Die Modalitäten der Bauplatzverteilung spielen nämlich für das Zustandekommen dieses Verteilungsmusters eine gewisse Rolle: bei der Platzabgabe war der Kreis der Umsiedler nach dem Grad ihrer Ansprüche abgestuft behandelt worden. Zunächst waren die Vollrealgeschädigten, d. h. diejenigen Siedler, die im Talsperrengebiet über Haus- und/oder Grundbesitz verfügt hatten, dann die Mieter mit Grundbesitz und schließlich die Mieter ohne Immobilienbesitz berücksichtigt worden. Es versteht sich, daß durch die ungleichen Wahlchancen die wohlhabende Gruppe die Möglichkeit hatte, die am höchsten bewerteten Standorte der südwestlichen Randlagen und des Zentrums zu belegen. Darüber hinaus waren für die Besetzung der Bauplätze auch die im groben festgelegten Bebauungsvorschriften maßgebend. Das zeigt sich beispielsweise bei den zweigeschossigen Häusern des Ortes. Wer einen solchen Haustyp errichten wollte, konnte nur unter begrenzten Lagemöglichkeiten wählen. Daher erweisen sich

die mit zweigeschossigen Häusern bebauten Bereiche als relativ inhomogen.

Die Betrachtung des Vorgangs der Platzwahl, der aufgrund der Planungsunterlagen größtenteils nachvollziehbar ist, macht jedoch sichtbar, daß trotz dieser vorgegebenen Ordnungseffekte die Bauplatzsuche doch sehr stark sozialbestimmt blieb. Das geht einmal aus den sozialgruppenspezifischen Wohnwünschen der Bauenden hervor, die sich eindeutig bei der Analyse des Aktenmaterials von 60 % aller Bauherren ergaben. Aufschlußreich für eine derartige Betrachtung erwiesen sich vor allem die ersten Befragungen (1956/57), in denen die baulichen Wünsche unbeeinflusst von den später tatsächlich gegebenen Möglichkeiten bekundet wurden.

Tabelle 2 zeigt, daß bezüglich der gewünschten Beschaffenheit von Dachform, Kücheneinrichtung und Beheizung signifikante Unterschiede in der Verteilung auf charakteristische Berufsgruppen auftreten. Die Angestellten und Beamten weisen am deutlichsten eine Vorliebe für flache Dachformen auf und ziehen eine Arbeitsküche und eine zentral beheizte Wohnung einer Wohnküche bzw. einer Ofenheizung vor. Auf der anderen Seite läßt sich der einfache Arbeiter in seinen Wohnansprüchen so kennzeichnen, daß er unter einem traditionellen Steildach leben und billig in der ohnehin geheizten Küche wohnen möchte. Während das Kriterium der Dachform unter dem Zwang der Einheitlichkeit der einzelnen Quartiere nur bedingt aussagekräftig geblieben ist, scheinen stichprobenartig durchgeführte Untersuchungen die Gültigkeit der beiden übrigen Kriterien voll zu bestätigen.

Schließlich macht auch die hohe Tauschhäufigkeit der Bauplätze deutlich, daß die besitzmäßig geordnete Auswahlfolge der Plätze keineswegs eine endgültige Anordnung schuf, sondern nachträgliche Änderungen ermöglichte, die dann erst das heutige Verteilungsmuster entstehen ließen. Die diesbezügliche Untersuchung der Umsiedlerakten ergab (bei einer Erfassung von etwa 60 % der Bauenden), daß 64 % der Bauwilligen ihre Plätze mindestens einmal getauscht haben.

Die Differenzierung der einzelnen Ortsbereiche, die aufgrund der berufsozialen Stellung der Hauseigentümer sichtbar wurde, wird unter Berücksichtigung der gesamten ansässigen Wohnbevölkerung der einzelnen Quartiere noch klarer faßbar. In Abb. 5 sind die Bereiche abgegrenzt: Das Handel- und Gewerbequartier (samt öffentlicher Gebäude) bildet das Achsenkreuz für die übrigen drei Sozialränge. Der erste Bereich hat durch die hinzugekommenen Mieter erheblich an Rangeinheitlichkeit gewonnen, da die Mieter fast ausnahmslos zur Gruppe der Angestellten und Beamten (meist mittleren und höheren) zählen. Umgekehrt wird der Bereich des dritten Sozialrangs (mit über 60 % Nicht-Facharbeitern) durch die große Anzahl der in den Miet Häusern wohnenden Gruppenangehörigen eindeutig vom zweiten Sozialrang getrennt. Letzterer weist eine starke Durchmischung auf, ist aber in der örtlichen Rangskala durch die hinzutretenden Mieter etwas mehr dem ersten Sozialrang angenähert.

Tabelle 2: Bau- und Wohnabsichten der Umsiedler

	Zahl der Befragten	Dachform		Kücheneinrichtung		Art der Beheizung	
		steil	flach	Wohnküche	Arbeitsküche	Ofen	Zentralheizg.
Angestellte und Beamte	34	9	22	6	27	11	20
Handel- und Gewerbetreibende	21	8	11	8	13	3	15
Facharbeiter	30	19	9	21	8	12	15
Nicht-Facharbeiter	18	16	—	18	—	14	2

Quelle: Unterlagen der Westf.-Lipp. Heimstätte, Dortmund-Hörde.

Überprüfung der ortsplanerischen Maßnahmen

Die Gültigkeit realisierter Ortsplanungsmaßnahmen kann nicht absolut gemessen werden, sie ist vom Grad der Übereinstimmung zwischen Planungsleistung und der Summe der subjektiven Ansprüche der Betroffenen abhängig. Die Kontrolle von Planungsmaßnahmen muß daher auf menschlichen Reaktionen basieren.

Zur Erfassung des Selbstverständnisses und der Einstellung der Umsiedler wurde so verfahren, daß zunächst in freien Interviews (in Form einer anfallenden Stichprobe) Einzelpersonen und Kleingruppen solche Fragen gestellt wurden, die Auskunft über ihre Beurteilung der neuen Wohn- und Lebensbedingungen versprochen. Aufgrund der hierbei gemachten Erfahrungen wurde der später benutzte mehrdimensionale Fragebogen entworfen. Der Kreis der Befragten (n = 92) wurde durch eine geschichtete Stichprobe festgelegt, wodurch wichtige Gruppen (die verschiedenen Berufsgruppen, Selbständige – Unselbständige, Hauseigentümer – Mieter, drei verschiedene Altersgruppen) möglichst repräsentativ erfaßt werden sollten.

Die Auswertung der Befragung ergibt, daß 95 % der Probanden sich in ihrer neuen Gemeinde „uneingeschränkt wohl fühlen“; sie bestätigen, daß sie ihre Entscheidung, nach Neu-Listernohl umgesiedelt zu sein, als richtig beurteilen, nachdem sie im Durchschnitt vier Jahre dort wohnhaft sind. Dieser hohe Grad der Zufriedenheit wird von den einzelnen natürlich verschieden motiviert; das geht aus Tab. 3 hervor, die die Antworten (Zweifachentscheidungen) auf die Frage „Was gefällt Ihnen vor allem an Ihrem neuen Wohnort?“ darstellt.

Tabelle 3: Motivation der positiven Beurteilung des Wohnortes

„Was gefällt Ihnen vor allem an Ihrem neuen Wohnort?“	n	%
1. Die schöne landschaftliche Lage	23	13
2. Das angenehme Wohnen in modernen Häusern	66	37
3. Die Freude am selbst mitgestalteten Ortsbild	32	18
4. Das Zusammenleben mit altbekannten Nachbarn	22	12
5. Die gute Lage zum Arbeitsort und zur Stadt	31	17
6. Sonstiges	6	3

Eindeutig steht das Argument des Wohnkomforts an erster Stelle; die diesbezügliche Verbesserung der Lebensbedingungen wird von 37 % der Befragten als ein besonderer Vorzug eingeschätzt. Dagegen wird die Qualität der landschaftlichen Lage verhältnismäßig niedrig bewertet (13 %), nur die neu Hinzugekommenen erblicken darin etwas Besonderes. Für 18 % der Befragten ist die Tatsache, daß sie an Planung und Aufbau des Ortes bewußt teilgenommen haben, Argument dafür, daß sie heute gern in Neu-Listernohl wohnen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß 25 % der Befragten Mieter sind, für die diese Motivationsmöglichkeit nicht in Frage kam, so erstaunt es doch ein wenig, daß nicht mehr Neusiedler diesen Grund hervorheben. Die Vermutung, daß der Prozentsatz deshalb nicht höher liege, da vielleicht den Bauwünschen der einzelnen doch nicht genügend Beachtung geschenkt worden sei, wird dadurch entkräftigt, daß 88 % der Befragten angeben, daß ihre individuellen Belange bei der Neuansiedlung in genügendem Maße berücksichtigt worden sind.

Ein etwa gleiches Gewicht für die positive Einschätzung des neuen Wohnortes kommt der Lage im größeren räumlichen Beziehungsgefüge zu. Auf die verhältnismäßig günstige Lage der Berufspendler zu ihren Arbeitsorten ist bereits hingewiesen worden; was die Versorgung mit den Gütern und Diensten betrifft, die über den täglichen und kurzfristig-periodischen Bedarf hinausgehen, so liegen die Dinge insofern sehr ähnlich, als auch hier eine eindeutige Orientierung nach Attendorf gegeben ist. Die Stadt stellt das nahezu voll ausgestattete Zentrum mittlerer Stufe dar und wird beim Einkauf des periodischen Bedarfs, bezüglich der schulischen und fachärztlichen Versorgung sowie der Krankenhausbehandlung von über 90 % aller Befragten in Anspruch genommen. Zentrale Funktionen höherer Stufe werden vor allem von Hagen ausgeübt; die Stadt wird sowohl für spezielle Versorgungs- wie auch für seltene Dienstleistungsfunktionen von 57 % der Befragten beansprucht, während Siegen (28 %), Köln (9 %) und Dortmund (4 %) mit beträchtlichem Abstand folgen.

Der Vorzug, in der vertrauten Umgebung von Nachbarn und Bekannten zu leben, wird nur gering bewertet; es mag hierbei der oben geschilderte Altersaufbau eine Rolle spielen, der ja eine Unterrepräsentation gerade der älteren

Jahrgänge ergab. Keinesfalls darf diese niedrige Bewertung jedoch so verstanden werden, daß das Gemeinschaftsbewußtsein nur sehr schwach entwickelt wäre. Hiergegen sprechen verschiedene Gründe. So wird beispielsweise die Frage „Legen Sie Wert auf gute nachbarliche Beziehungen?“ mit einer einzigen Ausnahme von allen positiv beantwortet. Auch das rege Vereinsleben des Ortes (76 % der Befragten sind Mitglieder eines Vereins) spricht ebenso für eine gemeinschaftsbewußte Haltung wie auch der hohe Grad gegenseitiger Kenntnis bei den meisten Ortsbewohnern: Bei einer vierfach gestuften Antwortmöglichkeit geben 82 % der Probanden an, mindestens die Hälfte der übrigen Ortsbewohner persönlich zu kennen (alle = 56 %, die Hälfte = 26 %, ein Viertel = 8 %, wenige = 10 %). Schließlich bildet auch die Frage „Fühlen Sie sich verantwortlich für das Geschehen in Ihrer Gemeinde?“ eine Kontrollmöglichkeit dafür, ob ein Zusammengehörigkeitsgefühl vorhanden ist oder nicht; 77 % der Befragten geben eine uneingeschränkt positive Antwort und bekunden damit ihr Interesse an der Ortsgemeinschaft.

Die Berücksichtigung der Frage nach den bevorzugten geselligen Kontakten läßt nochmals deutlich eine zweigeteilte Gliederung hervortreten, die in ähnlichen Proportionen schon bei den übrigen Kriterien faßbar war; sieht man von denen ab, die keine geselligen Kontakte pflegen, so bleibt eine Gruppe von 24 %, die derartige Kontakte vornehmlich mit Personen außerhalb Neu-Listernohls sucht, während der Rest ortsinterne Beziehungen bevorzugt. Eine vergleichende Untersuchung der Verhaltensweisen jener kleinen Sondergruppe, die durchschnittlich einen Anteil von 20 % erreicht, zeigt, daß kein Vertreter dieser Gruppe Mitglied eines Ortsvereins ist und daß – abgesehen von zwei Ausnahmen – keiner ein Gefühl der Verantwortung für die Belange der Gemeinde hegt. Darüber hinaus weist diese Gruppe berufsspezifischen Charakter auf, setzt sie sich doch, von einem Facharbeiter abgesehen, ausschließlich aus Beamten und Angestellten zusammen.

Obgleich die Vertreter der Sondergruppe mit der geschäftlich-gewerblichen Ausstattung von Neu-Listernohl zufrieden sind, unterscheiden sich ihre Kaufgewohnheiten insofern doch wiederum erheblich von den übrigen Bewohnern, als sie die am Ort angebotenen Güter und Dienste nicht beanspruchen, vielmehr gleich höhere Versorgungszentren aufsuchen. Offenbar erwarten sie vom Wohnort ausstattungsmäßig nichts, was über den alltäglichen Bedarf hinausgeht.

Schließlich unterstreicht auch die Art der Stellungnahme zu Fragen einer Industrieansiedlung noch einmal die Zweigliederung der Ortsbevölkerung. Wiederum stellen sich 76 % der Befragten positiv zu einer Anziehung weiterer Industriebetriebe und nur eine Teilgruppe von Beamten, Angestellten und Freien Berufen lehnen diese ab.

Anders verhält es sich in bezug auf die Einstellung der Bevölkerung zum Fremdenverkehr. Eine Förderung des Fremdenverkehrs wird allgemein als wünschenswert bezeichnet. Aus gelegentlichen Äußerungen geht ferner hervor, daß die Ansiedlung weiterer Industriebetriebe gerade aufgrund der Befürchtung zurückgewiesen wird, daß dadurch

der Erholungswert des Ortes und seiner Umgebung herabgemindert werden könnte. Da aber die Gesamtbevölkerung an der Entwicklung des Fremdenverkehrs interessiert ist, verwundert es nicht, daß (wie Abb. 5 zeigt) die dem Fremdenverkehr dienenden Gebäude über den ganzen Ortsbereich verstreut sind, unbeeinflusst von der sozialen Gliederung⁵.

Die Frage nach den empfundenen Mängeln und Nachteilen der Ortsplanungsmaßnahmen bleibt ohne großen Widerhall. Sieht man von einigen persönlichen Beanstandungen ab, dann wird eigentlich nur die Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln als unzureichend gewertet (unzulänglich = 34 %, schwach = 39 %, zufriedenstellend = 27 %).

Welches sind nun die Erfahrungen und allgemeinen planungsmethodischen Einsichten, die aus dem Planungsfall Neu-Listernohl gewonnen werden können? Zunächst einmal kann festgestellt werden, daß die Analyse der drei Untersuchungskomplexe (Planungskonzeption und Gestaltungsprozeß, sozio-ökonomische Struktur, Einstellungsspiegel der Betroffenen) wichtige Ansätze zur Überprüfung ortsplanerischer Maßnahmen liefern können. Es zeigt sich, daß das Urteil der Betroffenen abhängig ist vom Grad der Anteilnahme am Gestaltungsprozeß; dies wird u. a. dadurch bestätigt, daß der geringe Prozentsatz (5 %) der Befragten, die sich in ihrer Gemeinde nicht wohl fühlen, mit einer Ausnahme sämtlich zugleich auch angeben, daß ihre individuellen Belange bei den Planungen nicht genügend berücksichtigt worden sind. Jede Ordnungsmaßnahme muß daher in den Prozeß des Planens und Gestaltens eine genügende Anzahl von „Störstellen“ einplanen, an denen die Abweichungen der individuellen Ansprüche von der Leitbildkonzeption deutlich werden und zur Austragung kommen können.

Bei der Betrachtung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur kommt es darauf an, die jeweils spezifischen Muster der Bevölkerungszusammensetzung und die daraus resultierenden raumwirksamen Prägekräfte zu erkennen. Im Fall Neu-Listernohl lassen sich zwei allgemeingültige Ergebnisse hervorheben: einmal tendiert die soziale Differenzierung zur Ausbildung sozialhomogener Wohnbereiche, zum anderen heben sich zwei durch den Grad ihrer örtlichen Integriertheit geschiedene Bevölkerungsgruppen deutlich voneinander ab. Beide Aspekte sind in hohem Maße planungsrelevant sowohl hinsichtlich der Konzeption des Bauplanes als auch etwa in bezug auf die Ausstattung des Ortes mit den verschiedensten Folgeeinrichtungen.

Am Planungsbeispiel Neu-Listernohl läßt sich sodann nachweisen, daß der Mangel eines empirisch fundierten Leitbildes weitgehend durch umfassende Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen ausgeglichen werden kann.

Aufgrund einer sehr undogmatischen Haltung der Planer sind bei der Anpassung der Umsiedleransprüche an die

⁵ Bisher ist – im Gegensatz zum Ausflugsbesucherverkehr – der Erholungs-Fremdenverkehr erst schwach in Gang gekommen. Im Jahr 1967 wurden bei 134 Betten (72 in Privatpensionen) nur wenig mehr als 1000 Übernachtungen gezählt.

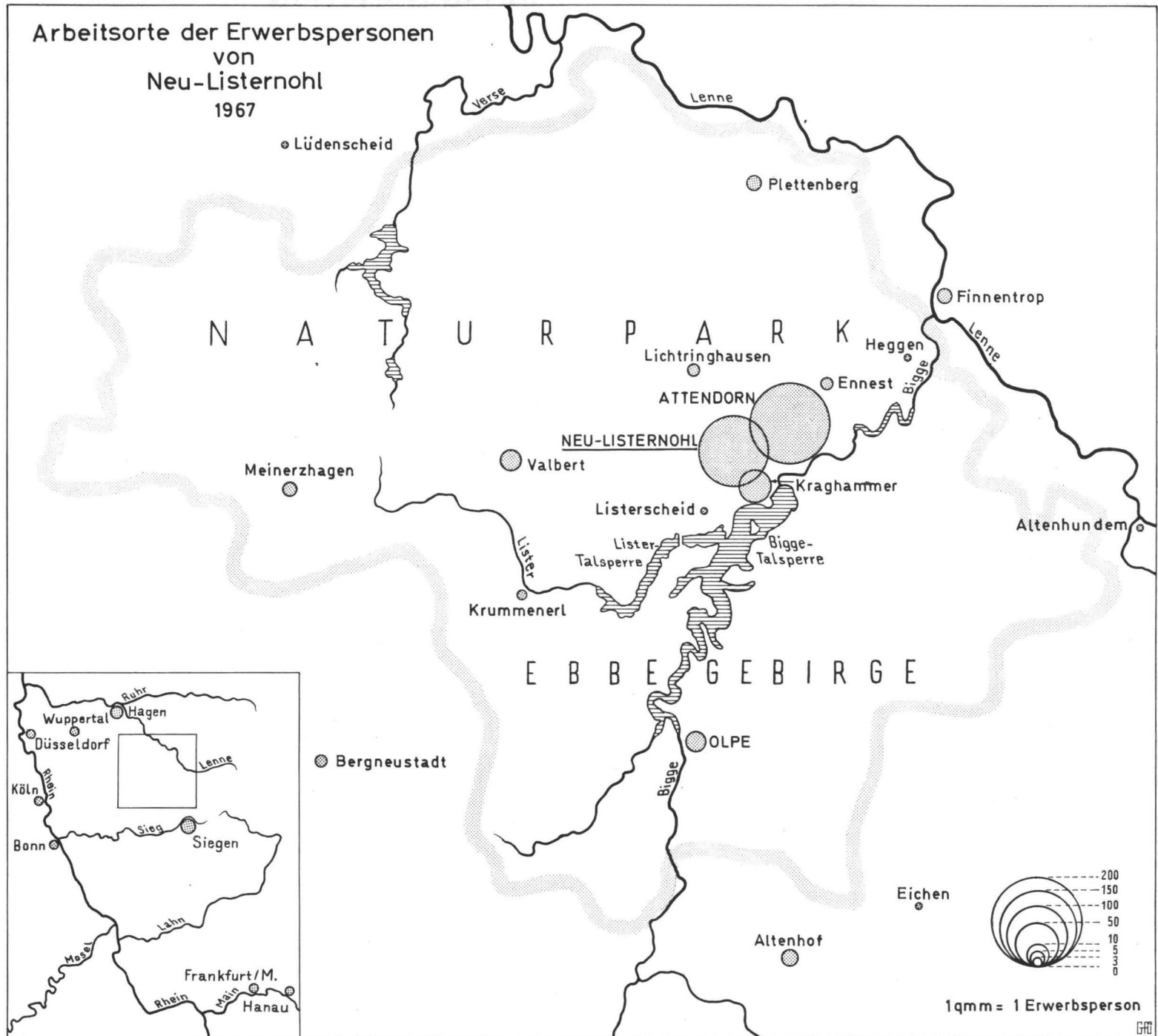
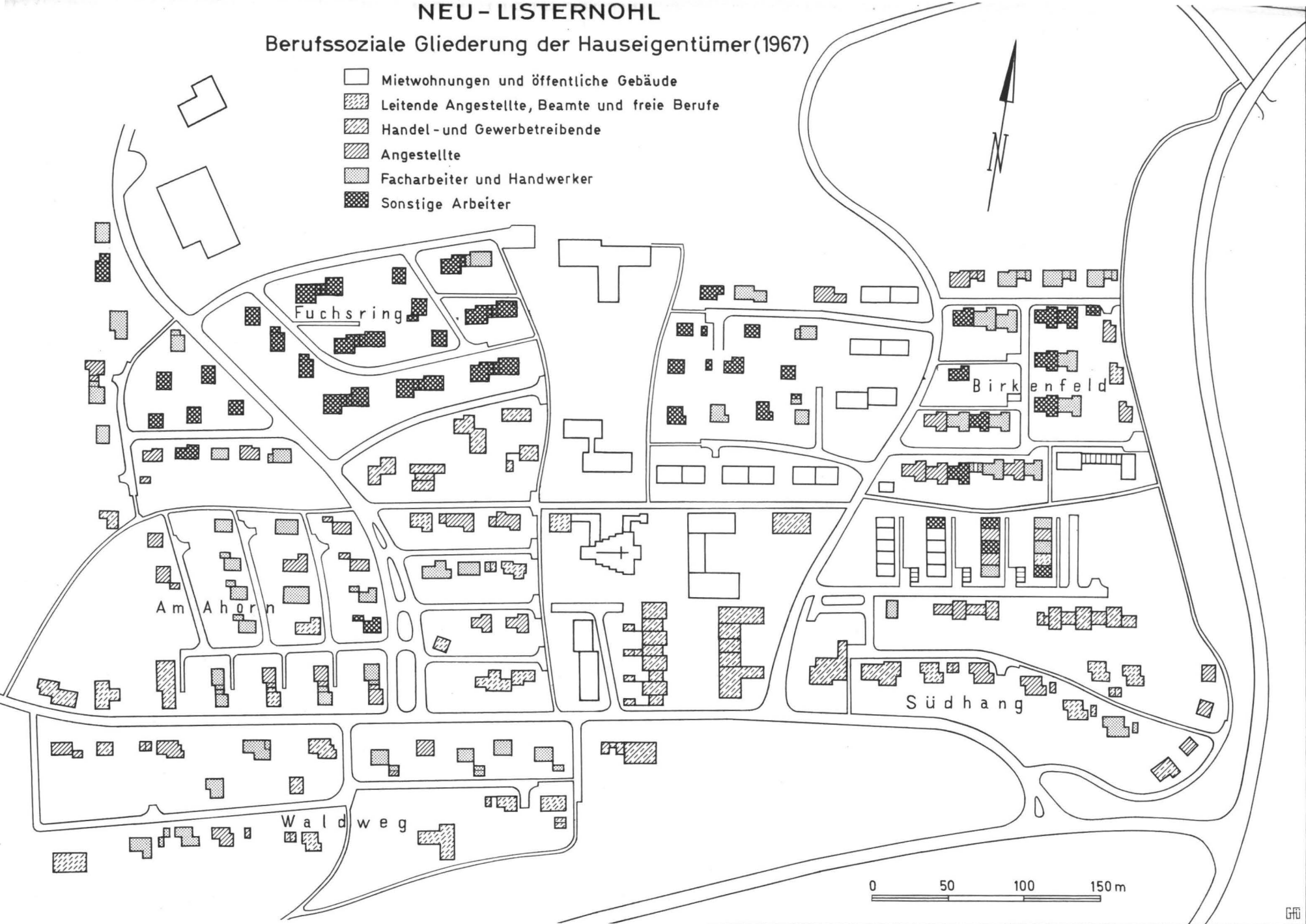


Abb. 3

Berufssoziale Gliederung der Hauseigentümer (1967)

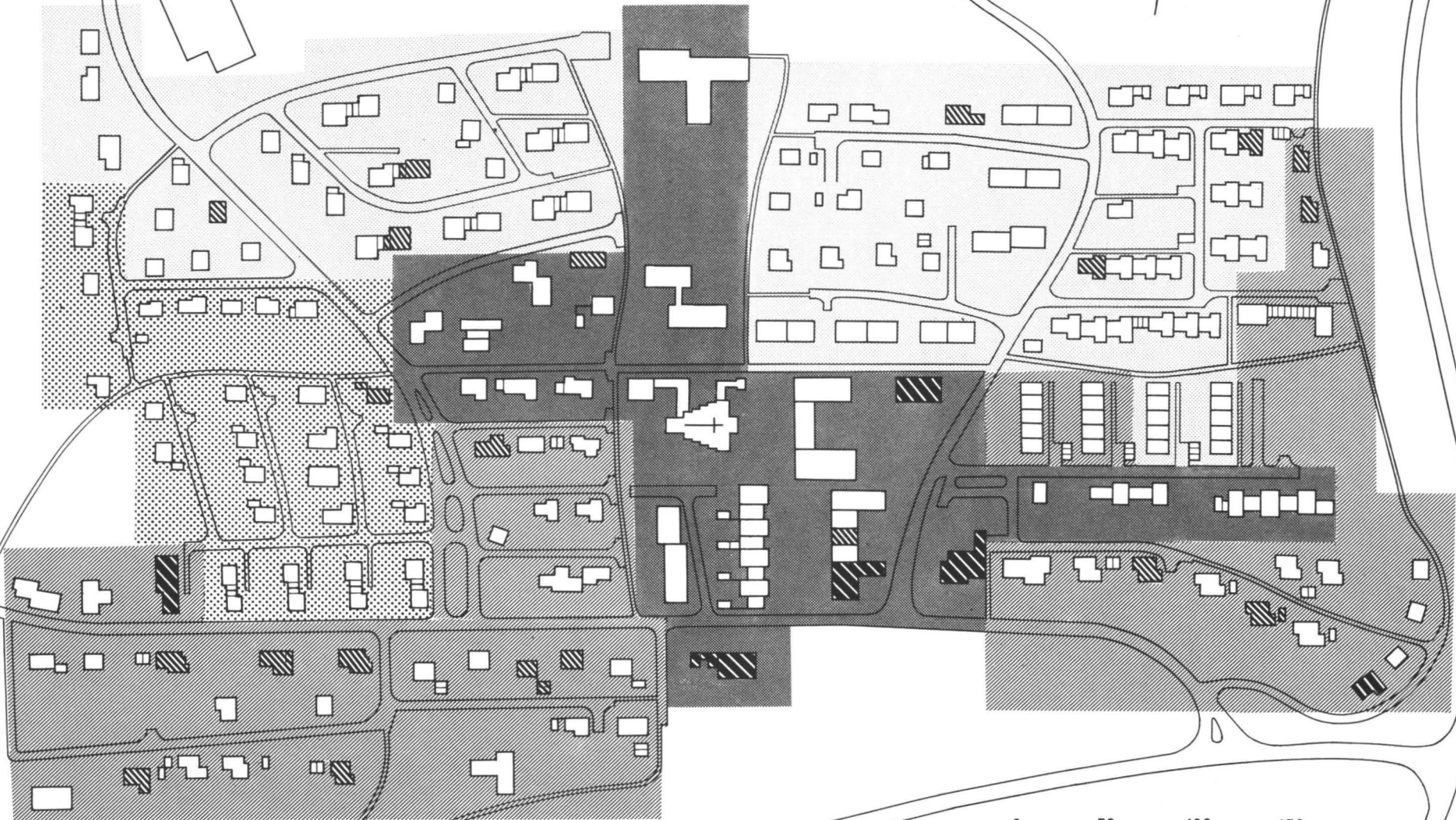
-  Mietwohnungen und öffentliche Gebäude
-  Leitende Angestellte, Beamte und freie Berufe
-  Handel- und Gewerbetreibende
-  Angestellte
-  Facharbeiter und Handwerker
-  Sonstige Arbeiter



NEU-LISTERNOHL

Soziale und funktionale Gliederung (1967)

-  1. Sozialrang
-  2. Sozialrang
-  3. Sozialrang
-  Einzelhandel, Gewerbe, öffentliche Gebäude
-  Hotel, Gasthaus, Café
-  Pension



0 50 100 150 m

Anforderungen einer modernen Siedlungsplanung Kompromisse möglich geworden, die einerseits zu einer sehr hohen Zufriedenheit bei den Neusiedlern geführt haben, die zum anderen aber dem Ort in seiner Erscheinungsform eine Individualität gegeben haben, die sich wohltuend von manchen konfektionistischen Beispielen neuerer Städteplanung abhebt.

Literatur

- [1] *Constandse, A. K.*: Planning in agricultural regions (Vortrag). In: *Sociologia Ruralis*. (Assen) Bd. 2 (1962) Nr. 1/2, S. 79–104.
- [2] *Freisitzer, Kurt*: Soziologische Elemente in der Raumordnung. Zum Anwendungsbereich der empirischen Sozialforschung in Raumordnung, Raumforschung und Raumplanung. – Graz 1965. = Grazer Rechts- und Staatswissenschaftliche Studien, Bd. 14.
- [3] *Meyer-Ehlers, G.*: Wohnerfahrungen. Ergebnisse einer Wohnungsuntersuchung. Unter Mitarb. von *Ch. Reichert* und *M. Haussknecht*. – Wiesbaden 1963.
- [4] *Sachs, R.*: Die Agrarstrukturverbesserung im Raum Trendelburg aus der Sicht der betroffenen Landwirte. Eine Nachuntersuchung. – Wiesbaden 1966. = AVA-Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e. V., Sonderh. Nr. 24.
- [5] Der Bau der Biggetalsperre. Auswirkungen und Folgemaßnahmen. – Düsseldorf 1952. = Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesplanungsbehörde Düsseldorf, H. 11.
- [6] Raumordnungsplan Biggetalsperre. – Düsseldorf 1962. = Schriftenreihe des Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesplanungsbehörde Düsseldorf, H. 16.